

5. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin



1. Sicherheit als Dauerauftrag Dank vielfältigen Massnahmen ist es in den letzten Jahren gelungen, im Kanton Basel-Landschaft ein gutes Sicherheitsniveau zu erreichen. 2006 hat die vom Regierungsrat eingesetzte Fachgruppe «Gewalt im öffentlichen Raum» eine umfassende

Analyse vorgenommen und Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in unserem Kanton unterbreitet. Besonders interessant ist die Feststellung der Fachgruppe, dass mit einer noch stärkeren Vernetzung bedeutende, bisher zu wenig genutzte Potenziale zur Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit erfasst und genutzt werden können.

In diesem Zusammenhang misst die JPMD den Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden besonderes Gewicht bei. 2004 und 2005 wurden zusammen mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach und Gelterkinden «Runde Tische Sicherheit» gebildet. 2006 ist zusammen mit Reinach eine weitere solche Plattform entstanden. An den «Runden Tischen Sicherheit» werden unter der Leitung des Gemeindepräsidiums und der zuständigen Regierungsrätin die Sicherheitsfragen in den Gemeinden gemeinsam diskutiert und analysiert. Soweit erforderlich werden Massnahmen festgelegt, die von den kommunalen und kantonalen Fachinstanzen umgesetzt werden.

2007 will die JPMD die Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden und die Zusammenarbeit mit anderen Partnern vertiefen und weiter entwickeln. Zusammen mit den zuständigen Stellen in Basel-Stadt werden wir abklären, welche Möglichkeiten für eine verstärkte Kooperation im Sicherheitsbereich bestehen.

Eine besondere Herausforderung bildet die EURO 08: Die Sicherheitsverantwortlichen der beiden Kantone stehen vor einer grossen Aufgabe, die sie nur gemeinsam meistern können. Im Jahr 2007 müssen die wichtigsten Vorbereitungen getroffen werden, damit dieser Auftrag erfüllt werden kann. Während der EURO 08 hat die Gewährleistung der Sicherheit der Sportler und der Besucherinnen und Besucher höchste Priorität.

2. Wegweisende Projekte Auch im Jahr 2007 wird sich die JPMD und mit wichtigen Projekten befassen, denen strategische Bedeutung zukommt. Im Vordergrund stehen das Strassenverkehrsamt beider Basel, die Umsetzung der Eidgenössischen Strafprozessordnung (Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells) in unserem Kanton sowie das geplante Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz. Weitere Projekte sind die Einführung einer gemeinsamen Aufsichtsstelle Datenschutz mit Basel-Stadt sowie die Reorganisation des Zivilstandswesens.

3. Gesetzgebung Das Hauptaugenmerk gilt 2007 den folgenden Bereichen: Datenschutzgesetz: Anpassungen an die Abkommen von Schengen/Dublin; Revision Bürgerrechtsgesetz: Anpassung an die neue Gebührenregelung des Bundes; Einführung des Öffentlichkeitsprinzips sowie eine Teilrevision des Landratsgesetzes (Motion 2005/160).

5.01 Polizei

Die Gewalt im öffentlichen Raum wird durch gezielte präventive und repressive Aktionen der Polizei bekämpft. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung soll verbessert werden, u. a. durch verstärkte Präsenz im Gebiet der Bahnhöfe und in öffentlichen Anlagen. Neben dem Schutz vor Kriminalität ist auch der Verkehrssicherheit auf unseren Strassen höchste Priorität einzuräumen.

Die Sicherheit der Fussballer und der Besucherinnen und Besucher anlässlich der EURO 08 muss gewährleistet werden.

5.01.02 Vorbereitungen für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Der operative Start der IPH erfolgt im September 2007. Die derzeit unter der Schulleitung durchgeführten Detailplanungen werden durch Fachleute aus den beteiligten Polizeikorps unterstützt. Sobald die Feinplanung der Lektionen erfolgt ist, wird die korpspezifische Ausbildung durch die Polizei Basel-Landschaft geplant und vorbereitet. Infolge der IPH sind bei der Polizei Basel-Landschaft auch Anpassungen in den Bereichen Personalwerbung, Rekrutierung, Vertragswesen, Organisation und Weiterbildung erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine weitere Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt bzw. ist in der rechtskräftigen Kreditvorlage zur IPH (2004 / 149) ausgewiesen und bewilligt

5.01.09 Weiterführung der «Runden Tische Sicherheit» mit den Gemeinden

Zur Zeit bestehen «Runde Tische Sicherheit» mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach, Gelterkinden und Reinach. Ziel der «Runden Tische Sicherheit» ist es, eine Plattform für die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Fachleuten auf der Ebene der Gemeinden und des Kantons zu bieten. Damit soll auch erreicht werden, dass im Bedarfsfall rasch und unbürokratisch die erforderlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit getroffen werden können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entstehen keine besonderen Kosten

5.01.11 Weiterführung der Massnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf der A2, Erhaltungsabschnitt Basel – Augst (EABA)

Die Sanierungsarbeiten auf der A2, EABA Basel – Augst, wurden 2006 eingeleitet. Das umfassende Massnahmendispositiv der Polizei Basel-Landschaft zur Erhaltung der Verkehrssicherheit hat sich bisher bewährt. Die Leistungsfähigkeit des wichtigsten Verkehrsträgers unserer Region blieb trotz der einschneidenden Sanierungsarbeiten erhalten. Die Polizei Basel-Landschaft wird ihr Konzept für den Erhaltungsabschnitt Basel – Augst auch 2007 – während der zweiten Phase der Sanierungsarbeiten – umsetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	300 000.–

Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2420 (Konto 311.50). Dabei handelt es sich um die Digitalisierung der bisherigen Messstelle N2 Augst, welche gleichzeitig mit der Sanierung umgestellt werden soll (bauliche Massnahme).

5.01.12 Motivationshilfen für die Erhebung von Strafanzeigen

Es muss erreicht werden, dass die Hemmungen zur Erhebung von Strafanzeigen abgebaut werden können. Eine konsequente Strafverfolgung trägt zur Prävention zukünftiger Straftaten bei und verbessert dadurch die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Besonders wichtig ist, dass der Schutz der Anzeigstellenden vor Racheakten der Täterschaft gewährleistet ist.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entstehen keine
besonderen Kosten

5.01.13 Qualitätssicherung im Bereich Spurensicherung der Kriminaltechnik

Bei der Spurensicherung an Tatorten und bei der Auswertung asservierter Spuren ist die Einführung eines Qualitätssicherungssystems erforderlich. Insbesondere bei der Sicherung von DNA-Spuren besteht eine erhöhte Gefahr der Kontamination solcher Spuren durch DNA-Spuren von Drittpersonen. Auch andere wichtige Bereiche der Kriminaltechnik sollen durch die Qualitätssicherung aufgewertet werden. Diese Massnahme entspricht einer gesamtschweizerischen Tendenz. Es ist davon auszugehen, dass künftig Gerichte und Parteien in Strafverfahren formell ausgewiesene Qualitätsstandards verlangen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine
Kreditvorlage an den
Landrat. Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	50 000.–

Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2400 und 2420 (Konto 318.20).

5.01.14 Verkehrsüberwachung Chienbergtunnel

2007 wird der Chienbergtunnel, Umfahrung Sissach, eröffnet. Das Hochleistungsstrassennetz in unserem Kanton erhält dadurch einen erheblichen Zuwachs. Die Verkehrsaufsicht im zirka 3 km langen Strassentunnel muss durch die Polizei Basel-Landschaft gewährleistet sein, ebenso die rasche Intervention im Ereignisfall.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine
Kreditvorlage an den
Landrat. Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	0.–

Eine genaue Quantifizierung des Finanzbedarfs wird abgeklärt, steht jedoch zur Zeit noch nicht fest.

5.01.15 Neuuniformierung der Polizei

Der Landrat wird im Herbst 2006 den Beschluss zur Neuuniformierung der Polizei Basel-Landschaft fassen. Die Neuuniformierung entspricht der Einheitsuniform der Partnerkantone des Nordwestschweizer Polizeikonkordats (PKNW). Die Einführung der neuen Uniform ist anfangs 2007 vorgesehen. Sie soll innerhalb kurzer Zeit allen Korpsangehörigen abgegeben und anstelle der alten Uniform getragen werden.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2006/126		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	950 000.–

5.01.16 Sicherheit an der EURO 08

Im Sommer 2008 findet in der Schweiz und in Österreich der drittgrösste Sportanlass weltweit statt, nämlich die Fussball-Europameisterschaft. Zusammen mit Basel-Stadt bildet Baselland die «Host City Basel». Im St. Jakobs-Park werden sechs Spiele stattfinden, darunter das Eröffnungsspiel. Als Gastgeber sind unsere beiden Kantone verpflichtet, den Gästen – seien es Akteure oder Matchbesuchende – optimale Rahmenbedingungen zu bieten, auch betreffend Sicherheit. Im Brennpunkt stehen der Schutz vor Kriminalität sowie die Verhinderung von Hooliganismus und Vandalismus. Aber auch die reibungslose Abwicklung des Verkehrs – vor und nach den Spielen – ist sicherzustellen. 2007 ist ein Grossteil der Vorbereitungen zu treffen, damit die hohen Sicherheitsstandards während der EURO 08 erfüllt werden können.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB hängig		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	noch offen

Eine Landratsvorlage, welche von der für die EURO 08 federführenden Direktion (BKSD) ausgearbeitet werden soll, wird Angaben zum voraussichtlichen Finanzbedarf machen. Zur Zeit steht die Höhe des erforderlichen Kredites noch nicht fest.

5.02 Amt für Migration

Mit dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes beider Basel – voraussichtlich per 2007 – sind seine Grundsätze, insbesondere jene «des Forderns und des Förderns», umzusetzen.

5.02.01 Vollzug des Integrationsgesetzes beider Basel

Zusammen mit Basel-Stadt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche den Vollzug des Integrationsgesetzes regelt. Ebenso ist die Schulung der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen, die mit der Umsetzung der Fördermassnahmen betraut sind.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

5.03 Jugendanwaltschaft

Die Jugendanwaltschaft wird dem Vollzug der neuen Gesetzgebung (Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuchs, Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege) Priorität einräumen. Es sind die notwendigen Schritte vorzukehren, damit der Übergang vom alten auf das neue Recht möglichst problemlos erfolgen kann.

5.03.04 Neue Zuständigkeit für die Kinderfälle im Strafrecht

Per 1. Januar 2007 wird die Jugendanwaltschaft dafür zuständig sein, die Kinderfälle im Strafrecht zu entscheiden. Bisher lag die Kompetenz dazu bei den Vormundschaftsbehörden der Gemeinden. Nicht nur der Entscheid selbst, sondern auch dessen Vollzug, gehört neu in die Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft. Innerhalb der Jugendanwaltschaft sind die Vorkehrungen zu treffen (Ausbildung, Anpassung der personellen Ressourcen), damit die neuen Aufgaben ohne Verzug und fachgerecht erfüllt werden können. Durch die Neuregelung der Zuständigkeit bei Kinderfällen werden die Gemeinden entlastet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entsteht ein
jährlicher Mehraufwand
(Personal) im Umfang von
zirka 0.15 Mio. Fr.

5.04 Staatsanwaltschaft

Die Arbeiten für die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung sind in Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen rechtzeitig an die Hand zu nehmen, damit bis zum Inkrafttreten – voraussichtlich 2011 – die Vorbereitungen im Kanton Basel-Landschaft abgeschlossen sind.

5.04.02 Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung

Der Entwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung sieht verschiedene Regelungen vor, die in dieser Form in unserem Kanton nicht oder nur teilweise bekannt sind. Das vom Bundesrat befürwortete Staatsanwaltschaftsmodell bedingt im Baselbiet wesentliche Änderungen in der Organisation der Strafverfolgungsbehörden. Diese Anpassungen sind vorzunehmen, bevor das neue Recht in Kraft treten wird.

Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Bereichen der Verwaltung und der Gerichte. Die Projektgruppe hat den Auftrag, die Grundlagen für die Umsetzung des neuen Bundesrechts vorzubereiten.

5.05 Strafvollzug / Freiheitsentzug

Das neue, am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Jugendstrafrecht sieht u. a. neu die Möglichkeit vor, Jugendliche mit Freiheitsentzug bis zu vier Jahren zu bestrafen. Innerhalb des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz ist eine Lösung zu finden in Form eines Jugendvollzugszentrums. In Frage kommt ein Standort in der Nähe des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof.

5.05.02 Projekt für ein Jugendvollzugszentrum

Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit dem Auftrag zu prüfen, ob auf dem Areal des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof, Niederdorf, ein Jugendvollzugszentrum als geschlossene Einrichtung des Jugendstrafvollzugs erstellt werden kann. Vorgesehen ist ein Platzangebot von 16 – 18 Plätzen für straffällig gewordene, 15 – 22 Jahre alte Jugendliche, umfassend auch ein Schul- und Ausbildungsangebot sowie eine sozialpädagogisch begleitete Tagesstruktur. Die Projektgruppe hat den Auftrag, ein Detailkonzept als Entscheidungsgrundlage für die politisch zuständigen Behörden (Regierungsrat, Landrat) auszuarbeiten.

5.06 Bevölkerungsschutz

Nachdem der Landrat das Projekt Polycom (= gesamtschweizerisches Sicherheitsfunknetz für die Sicherheitsbehörden) beschlossen und den Verpflichtungskredit bewilligt hat, gilt es nun, dieses anspruchsvolle Projekt umzusetzen, damit es per Juni 2008 in Betrieb gesetzt werden kann.

5.06.02 Realisierung Polycom

Eine Fachgruppe, bestehend aus den involvierten Sicherheitsbehörden unseres Kantons, ist mit der Umsetzung von Polycom beauftragt. Im Jahr 2007 sind die wichtigsten Vorbereitungsarbeiten zu treffen, damit Polycom wie vorgesehen für die EURO 08 bereit steht. Schwerpunkte bilden der Bau der Infrastruktur und der Aufbau des Funksystems mit Schwergewicht im unteren Baselbiet und entlang der Hauptverkehrsachse Basel – Zürich / Luzern / Bern.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 6.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine		
Total:	Fr. 13 400 000.–	netto (Konto 2470.503.30) Investitionsrechnung
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2006:	Fr. 3 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 6 500 000.–	

5.08 Motorfahrzeugkontrolle

Mit der Zusammenführung der Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel zum Regionalen Verkehrssicherheitszentrum soll erreicht werden, dass die Dienstleistungen gegenüber den Motorfahrzeugführerinnen und Motorfahrzeugführern noch Kunden orientierter erbracht werden können.

5.08.03 Projekt für ein Strassenverkehrsamt beider Basel

Es wurde eine Projektgruppe mit Vertretungen der Motorfahrzeugkontrollen BL und BS sowie der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel eingesetzt mit dem Auftrag, ein Detailkonzept für ein Strassenverkehrsamt beider Basel auszuarbeiten. Das Projekt steht unter der Federführung der Paritätischen Betriebskommission der MFP. Das Konzept wird bis Ende 2007 vorliegen, damit es anschliessend den beiden Kantonsregierungen und später den beiden Kantonsparlamenten in Form von Vorlagen unterbreitet werden kann.

5.09 Rechtsdienst

Das Projekt Effilex wird in der JPMD als Dauerauftrag fortgeführt. Die Überarbeitung und die Erneuerung der Rechtserlasse gemäss den Effilex-Kriterien sind weit fort geschritten. Ausserhalb von Effilex sind die Gesetzgebungsaufträge des Landrates möglichst speditiv zu erfüllen.

5.09.08 Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (Landratsvorlage)

Nachdem das Bundesrecht festlegt, dass sich die Einbürgerungsgebühren nach dem Aufwand richten müssen (Prinzip der Kostendeckung), ist das kantonale Bürgerrechtsgesetz einer kleinen Teilrevision zu unterziehen und entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen.

5.09.11 Teilrevision des Landratsgesetzes (Vernehmlassungsvorlage)

Aufgrund einer Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung ist das Landratsgesetz in verschiedenen Punkten zu ändern. U. a. soll im Landratsgesetz klargestellt werden, dass nur die Fraktionen (und nicht einzelne Mitglieder des Landrates) die Kompetenz haben, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

5.10 Weitere Dienstleistungen

B Datenschutz

Die Gesetzgebung ist eine Schwerpunktaufgabe der JPMD. Im Jahr 2007 steht die Anpassung des kantonalen Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen/Dublin im Vordergrund. Die verzugslose Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das EU-Recht bildet eine unabdingbare Voraussetzung, damit unser Land an Schengen/Dublin teilnehmen kann.

5.10.10 Anpassung des Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen/Dublin (Landratsvorlage)

Die schweizerische Datenschutzgesetzgebung – auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene – muss dem Schengen-Standard angepasst werden. Eine von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktorinnen (KKJPD) ausgearbeitete Checkliste dient den Kantonen als Grundlage für die vorzunehmenden Anpassungen. Eine Revisionsvorlage zum basellandschaftlichen Datenschutzgesetz wird bis 2007 vorliegen. Sie wird jene Änderungen enthalten, die notwendig sind, um in unserem Kanton eine Schengen konforme Datenschutzgesetzgebung zu erhalten. Besonders hohe Anforderungen gelten für die Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Der Finanzbedarf
wird voraussichtlich über
die Laufende Rechnung
abgedeckt

5.10.11 Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel

Geplant ist die Zusammenlegung der Aufsichtsstellen Datenschutz der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Erwartet werden von der Zusammenführung dieser beiden Fachstellen eine Effizienzsteigerung und eine bessere Rollen- und Aufgabenteilung unter den Mitarbeitenden. Die wesentlichen Punkte der Aufsichtsstelle Datenschutz beider Basel sind in einem Staatsvertrag zu regeln, welcher von den Regierungen und den Parlamenten der beiden Kantone genehmigt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Gemäss Machbar-
keitsstudie wird bei
einer gemeinsamen Daten-
schutzstelle BL/BS der
Kanton Basel-Landschaft
um 0.04 Mio. Fr. entlastet

5.10 Weitere Dienstleistungen

F Zivilstandswesen

Infostar (= Informatisiertes Standesregister) führt mittelfristig zu einer Reduktion des Aufwands bei den Zivilstandsämtern. Die heutigen Strukturen des Zivilstandswesens in unserem Kanton sind dieser Entwicklung anzupassen.

5.10.50 Reorganisation des Zivilstandswesens

Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter der Schweiz an Infostar (= Informatisiertes Standesregister) angeschlossen. Die vom Bund vorgeschriebenen Regeln zur Erfassung der Personen im System sind für die Zivilstandsämter für eine gewisse Dauer mit Mehraufwand verbunden. Je mehr Personen aber im Infostar erfasst sind, desto grösser ist der Effizienzgewinn. Ist eine Person einmal im System erfasst, so ist die Verurkundung weiterer Zivilstandsfälle mit weniger Aufwand als bisher verbunden. Das Gleiche gilt für Auszüge und Mitteilungen, welche die Zivilstandsämter für Private und Behörden zu erstellen haben. Der personelle Aufwand der sechs Zivilstandsämter in unserem Kanton wird sich mittelfristig verringern.

Entsprechend dieser Entwicklung wird eine Reorganisation der Zivilstandsämter notwendig werden. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge im Hinblick auf eine Reduktion der Zivilstandskreise zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen als Grundlage zur Erarbeitung eines Entwurfs zur Revision des Zivilstandsdekretes.